



Herausgeber: Das Präsidium
FUEV Generalsekretariat
Schiffbrücke 41
D - 24939 Flensburg
Tel. ++49 - 461 - 12 8 55
Fax ++49 - 461 - 18 07 09
E-Mail info@fuen.org
Website http://www.fuen.org

Federal Union of European Nationalities
Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen
Федералистский Союз Европейских Национальных Меньшинств

Satz & Layout:
Frank Nickelsen
Gedruckte Auflage:
5000

In eigener Sache:

Das Präsidium der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) traf sich Ende Juli in München zu einer ersten Sitzung nach dem äußerst erfolgreich verlaufenen Kongreß in Timisoara/Rumänien.

In seiner neuen Zusammensetzung besteht das Präsidium der FUEV aus einem Rätoromanen aus der Schweiz als neuen Präsidenten, sechs Vizepräsidenten - einem Sorben (Deutschland), zwei Deutschen (Dänemark und Italien), einem Bretonen (Frankreich), einem Kroaten (Jugoslawien) und dem gemeinsamen Vertreter der ungarischen Minderheitengruppen - sowie der Präsidentin der Jugend Europäischer Volksgruppen, einer Friesin aus den Niederlanden.

Die Bilanz zum diesjährigen Kongreß fiel positiv aus. Es gelang der FUEV, die Vielfalt der Sprachen und Kulturen Europas positiv zur Darstellung zu bringen. Die nationalen Minderheiten Rumäniens erhielten die Gelegenheit, sich mit ihrem vielfältigen Kulturerbe, aber auch mit ihren gegenwärtigen Problemen zu präsentieren. Die Unterstützung durch die Regierung sowie hochrangiger Regierungsvertreter können als hoffnungsvolle Zeichen für eine Fortführung des Dialogs gewertet werden - auch wenn die gegenwärtige Situation in verschiedener Hinsicht noch nicht zufriedenstellend ist. Sowohl zur Delegiertenversammlung wie auch zum Kongreß ist eine ausführliche Dokumentation zusammengestellt worden, die beim Generalsekretariat der FUEV in Flensburg bezogen werden kann.

Eines der Schwergewichte der Arbeit der FUEV liegt in der Präsenz bei den internationalen Institutionen wie dem Europarat, der EU, der OSZE und der UNO. In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat sind vorerst in Polen und auf dem Balkan Seminare geplant, die die nationalen Minderheiten anleiten sollen, die bestehenden internationalen Rechtsinstrumente zum Schutze der Minderheitensprachen anzuwenden bzw. die Regierungen mit Nachdruck zur Ratifizierung dieser Instrumente anzuleiten. Die FUEV wird sich weiter darum bemühen, daß die Rechtsinstrumente des Europarates insbesondere im Hinblick auf die Kontrollmechanismen nicht allzu stark verwässert werden. Von Bedeutung ist ebenfalls, daß in der nun eingetretenen »Denkpause« beim Fortschreiben der Volksgruppenrechte die Parlamentarier in den nationalen und internationalen Institutionen sich für grundsätzliche und konkrete Anliegen der nationalen Minderheiten

einsetzen. Dies soll durch verstärkte Lobby-Tätigkeit erreicht werden.

In einer ersten Auslegeordnung hat sich das FUEV-Präsidium über die in den nächsten Jahren zu verfolgende Strategie Gedanken gemacht. Besonderes Gewicht gewinnt dabei natürlich die stark angestiegene Anzahl der nationalen Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa. Diese suchen Unterstützung und Vermittlung für ihre Anliegen bei der FUEV, der mit ihren über 70 angeschlossenen Minderheitenverbänden wohl repräsentativsten nichtstaatlichen Organisation für die Belange nationaler Minderheiten. Neben rechtlichen Fragen will die FUEV ihre Dienstleistungen auch auf andere Gebiete wie der Bildung, Mediensituation und Kulturarbeit ausdehnen, um durch sachbezogene Arbeit ideologischen Positionierungen vorzubeu-



Das FUEV-Präsidium v. l. n. r.: Vizepräsident Bela Tonkovic (Kroate / Jugoslawien); Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) - Sekretär David Spinnler (Rätoromane / Schweiz), Präsident Romedi Arquint (Rätoromane / Schweiz), Pierre Le Moine (Bretonen / Frankreich), Vizepräsident Joseph von Komlóssy (Ungar / Schweiz), Vizepräsident Hans Heinrich Hansen (Deutscher / Dänemark), Vizepräsident Dr. Bruno Hosp (Deutscher / Italien) und Vizepräsident Dr. Ludwig Elle (Sorbe / Deutschland).
Kleines Bild: Generalsekretär Armin Nickelsen (Deutscher / Dänemark).

gen. Vorgesehen sind in der nächsten Zeit ein Medienseminar und eines zu Schulfragen in Dänemark sowie ein Besuch bei den Krimtataren.

Für dies und die weiteren Tätigkeiten benötigt die FUEV ausreichende Finanzen. Da die Beiträge der Minderheitenorganisationen sich in einem bescheidenen Rahmen bewegen, ist sie dabei auf staatliche Unterstützung insbesondere der westeuropäischen Staaten angewiesen. Im Augenblick fließen Gelder - von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen - noch sehr spärlich.

EBLUL-Präsident Allan Wynne Jones bei der FUEV

Am 30.8. 1996 besuchte der Präsident des Europäischen Büros für Sprachminderheiten (European Bureau for Lesser Used



Die Vorsitzende des Deutschlandkomitees des EBLUL, Jytte Vester (l.) mit EBLUL-Präsident Allan Wynne Jones.

Languages »EBLUL«), Herr Allan Wynne Jones das FUEV-Generalsekretariat. In Begleitung der Vorsitzenden des Deutschlandkomitees des EBLUL, Frau

Jytte Vester ließ sich Herr Jones über die Entstehung, die tägliche Arbeit und das Wirken der FUEV informieren. Die Unterstützung und Hilfe für die Mitgliederorganisationen ist der eine, das Bemühen um einen international anerkannten Rechtsschutz der Minderheiten Europas ist der andere Schwerpunkt der Solidargemeinschaft FUEV.

Nach der Vorstellung der in diesem Jahr noch ausstehenden Projekte erwähnte Generalsekretär Armin Nickelsen den geplanten FUEV-Nationalitätenkongreß 1997 bei den Kärnt-

ner Slowenen in Österreich und regte an, ein Vorkongreß in Zusammenarbeit mit dem Büro für Sprachminderheiten im italienischen Triest drei Tage vor dem Nationalitätenkongreß zu organisieren. Das wäre eine praktikable Gelegenheit, auch nach außen zu zeigen, daß das Europäische Büro für Sprachminderheiten eine Kooperation mit der FUEV pflegt. EBLUL Präsident Allan Wynne Jones versprach, diesen Gedanken mit seinen Stellvertreter Bojan Brezigar aus Triest und seinem Generalsekretär Donald Raigan zu besprechen und einen entsprechenden Beschluß seines Vorstandes herbeizuführen.

Besuche in Tschechien und Polen

Vizepräsident Dr. Elle weilte im Juli und August bei Mitgliedsorganisationen der FUEV in der Tschechischen Republik und in Polen. In Cesky Tesin, dem Hauptsitz der polnischen Minderheitenverbände traf er mit den Präsidiumsmitgliedern des Polenrates, Frau Chocholáčová und Herrn Czap, er ist gleichzeitig der Vorsitzende der polnischen Kultur- und Bildungsorganisation in CR, zusammen. Beide informierten über die Situation nach den Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik. Ein Mitglied des Polenrates konnte bei diesen Wahlen ein Parlamentsmandat erringen.

Bei Gorlice in der Republik Polen traf Dr. Elle mit Vertretern der im Mai als assoziiertes Mitglied aufgenommenen Vereinigung der Lemken - einer ukrainischen Volksgruppe - zusammen. Der Vorsitzende der Organisation, Herr Szlanta, sein Stellvertreter, Herr Hladyk sowie der Geschäftsführer Herr Szaffran informierten ausführlich vor allem über die politischen und kulturellen Aktivitäten des Verbandes. In Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Verbandes der



FUEV-Vizepräsident Dr. Ludwig Elle

Sozial-kulturellen Gesellschaften der Deutschen in Polen, Herrn Senator Prof. Bartodziej, seinem Stellvertreter, Herrn Parlamentsabgeordneten Kroll sowie weiteren Vorstandsmitgliedern in Krapkowice und Gogolin machte sich Dr. Elle mit den Problemen und vielfältigen Aktivitäten der deutschen Volksgruppe sowie mit dem aktuellen Stand der polnischen Verfassungsdiskussion und Minderheitengesetzgebung vertraut.

Zusammenarbeit des »European Center for Minority Issues (ECMI)« mit dem FUEV-Generalsekretariat angestrebt

Der neugewählte Direktor des »European Center for Minority Issues (ECMI)« Dr. Stefan Troebst, machte einen ersten Antrittsbesuch im FUEV-Generalsekretariat. FUEV-Generalsekretär Armin Nickelsen erläuterte dem Gast die Arbeit und das Wirken der »Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen«. Als Experte für Osteuropa interessierte Dr. Troebst vor allen Dingen die Kontakte der FUEV in diesem Raum. Von den mittlerweile über

100 Mitgliedsorganisationen der FUEV sind ca. 60 in Osteuropa beheimatet. Dr. Troebst berichtete von dem bevorstehenden Aufbau des ECMI in Flensburg und dessen geplante Arbeit. Im Gespräch waren sich die Beteiligten sehr schnell einig, daß eine enge Zusammenarbeit des



ECMI-Direktor Dr. Stefan Troebst (l.) und FUEV-Generalsekretär Armin Nickelsen.

ECMI mit dem FUEV-Generalsekretariat nicht nur wünschenswert, sondern nötig sein wird.

FUEV-Aktivitäten

In Zusammenarbeit mit der FUEV veranstalteten der Bund deutscher Nord-schleswiger (BdN) und Sydslesvigsk Forening (SSF) am 16. 9. 1996 in Sonderburg / Dänemark eine Konferenz mit der Fragestellung »Wie behandeln die Medien die Minderheiten?« An dieser Minderheitenmedienkonferenz nahmen ca. 120 Teilnehmer aus Schweden, Litauen, Estland, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Österreich, Italien sowie Deutschland und Dänemark teil. Finanziell wurde diese Tagung vom Kulturministerium des Königreiches Dänemark unterstützt.

In Zusammenarbeit mit der FUEV und seinem korrespondierenden Mitglied, dem »Haderslev Statsseminar« organisierten Lektor Jørn Buch und FUEV-Vizepräsident Hans Heinrich Hansen am 4. 11. 1996 eine Konferenz mit Vertretern der europäischen nationalen Minderheiten und ethnischen Volksgruppen und staatlichen Repräsentanten der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen über die Frage, wie kommt ein konstruktiv friedlicher Dialog zwischen Minderheit und Mehrheit zustande?

Eine ähnlich geartete Konferenz plant die FUEV in Kooperation mit dem Europarat, Abt. Menschenrechte Anfang Dezember 1996 im polnischen Oberschlesien. Während dieser Konferenz soll die Frage beleuchtet werden, wie die im Moment geltenden Rechtsinstrumentarien für den Schutz nationaler Minderheiten in Europa umgesetzt werden können? Die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen sollten von einem Vertreter des Europarates, die Stärken und Schwächen von einem Repräsentanten der FUEV aufgezeigt werden.

Müssen wir Europa nicht anhand der Völker und Regionen und ihrer anerkannten Vielfältigkeit aufbauen?

(..aus »identité bretonne - IHRE ZUKUNFT!«)

JA, wir fordern die französische Regierung auf, das europäische Übereinkommen über Regional- und Minderheitensprachen zu unterzeichnen und zu ratifizieren

Der Ministerausschuß des Europarates hat am 25. Juni 1992 die europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Form eines Übereinkommens verabschiedet. Zum ersten Mal hat sich Europa damit einen normativen Text gegeben, der die Rechte derjenigen europäischen Völker anerkennt, die sich in einer „nichtamtlichen Sprache auf Landesebene“ ausdrücken. Das europäische Überein-

kommen sieht Maßnahmen zur Förderung der Verwendung der betreffenden Sprachen im öffentlichen Leben (Lehre, Justiz, Behörden, Medien usw.) und eines Instruments zur Kontrolle der Anwendung des Übereinkommens vor. Am 19. April 1996 hatten bereits 14 Mitgliedsstaaten das Übereinkommen unterzeichnet.

Das Recht auf den eigenen Unterschied, namentlich in kultureller Hinsicht, bestätigt auf diese Weise das gemeinsame Erbe und die Beachtung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt aller Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Dieses Recht bildet eine der Grund-

lagen für den Frieden unter den Nationen und ist ohne Zweifel eine der wertvollsten Errungenschaften Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Muß die französische Reaktion, die darauf abzielt, die symbolische Position der französischen Sprache in der Verfassung durch eine Veränderung ihres Artikels II zu stärken, als jakobinisch und gegen den Geist des Vertrages von Maastricht gerichtet angesehen werden, der von der bretonischen Bevölkerung mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist?

Müssen wir Europa nicht anhand der Völker und Regionen und ihrer anerkannten Vielfältigkeit aufbauen?

Frankreich verweigert nicht nur, was eine breite Mehrheit von demokratischen Staaten vorgeschlagen hat, sondern wird zum einzigen Land der Europäischen Gemeinschaft, das einer einzigen Amtssprache eine bevorzugte Stellung einräumt, ohne auf den Status der anderen Sprachen hinzuweisen, die historisch gesehen auf seinem Hoheitsgebiet vorhanden sind.

Die amtliche Existenz der bretonischen Sprache in der Bretagne nicht anzuerkennen bedeutet, die Existenz und das Schicksal der Bretonen im Namen der „Staatsräson“ zu leugnen.

Diskriminierung der Roma-Minderheit in der Slowakei gerügt

In einem Schreiben an den stellvertretenden Generalsekretär des Europarates, Peter Leuprecht, kritisierte am 26. Juli 1996 der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, Aussagen des Minderheitenbeauftragten des Slowakischen Außenministeriums, Ján Gábor, über die Roma-Minderheit in der Slowakei. Dieser hatte sich in einem Gespräch mit Vertretern des Zentralrats in Bonn über eine angeblich »viel zu hohe Kinderzahl« als das »generelle Problem mit den Roma« in der Slowakei beschwert. Die »zu vielen Geburten« müßten für die »Beseitigung dieses Problems« deshalb »verhindert werden« Die sonst »ungehinderte Vermehrung der Roma« würde das »Staatssystem« gefährden. Eine solche diskriminierende Sichtweise läßt den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Zukunft eine besorgniserregende Politik gegen die Roma-Familien befürchten.

Der Zentralrat kritisierte gegenüber dem Europarat auch die vorgesehenen Maßnahmen der Slowakischen Regierung über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens. Es gibt nach der von der Regierung selbst verbreiteten »Information vom August« keinerlei eigensprachlichen Unterricht in slowakischsprachigen Schulen und keine einzige eigene Schule für Roma, nicht einmal im Grundschulbereich. Eine Förderung der Roma-Organisationen findet praktisch nicht statt.

Von dem Europarat erwartet der Zentralrat geeignete Schritte gegenüber der Slowakischen Regierung zur Verhinderung einer Politik zur »Minderheiten-Dezimierung« und praktischen Ausgrenzung aus dem Minderheitenschutz.

Die Sinti und Roma

Die Sinti- und Roma-Minderheiten sind in ihren jeweiligen Heimatländern alteingesessene nationale Minderheiten. Die 70.000 deutschen Sinti und Roma z. B. unterscheiden sich in ihrer Lebenseinstellung nicht von der Einstellung, wie sie bezüglich Wohnen, Berufen, Bildung, Religion usw., auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft vorherrscht. Sie gehen ihren Berufen als Kaufleute, Handwerker, Fabrikarbeiter, Angestellte, Akademiker, Beamte oder Künstler von ihren Wohnorten aus nach. Die Sinti und Roma lebten in Deutschland seit Jahrhunderten innerhalb der Mehrheitsbevölkerung ebenso integriert wie z. B. die deutschen Juden. Die mit Beginn des sog. »Dritten Reichs« begonnene Aussonderung und Entrechtung beendete dieses bis dahin selbstverständliche Leben der Sinti und Roma.

Es gibt in Deutschland unter den Sinti und Roma keine Familie, die nicht durch den Holocaust unmittelbar Angehörige verloren hat. Dem Völkermord der Nationalsozialisten lag der Plan der vollständigen Vernichtung aller Sinti und Roma allein aus Gründen der sog. »Rasse« zugrunde. 500.000 Sinti und Roma fielen im besetzten Europa dem Holocaust zum Opfer.

In vielen Staaten - insbesondere Osteuropas - hat eine große Zahl von Angehörigen der Roma-Minderheit unter diskriminierenden Lebensbedingungen, Ausgrenzung und Benachteiligung zu leiden. Aufgrund dessen besteht für sie keine Chancengleichheit. Viele Familien wurden auch in jüngster Zeit Opfer von Pogromen durch Rechtsradikale. Zuletzt zerstörten in Utrecht, Niederlande, Anfang August dieses Jahres Anwohner ein Wohnhaus, in das eine Roma-Familie einziehen sollte. Die Behörden verharmlosten diesen gewalttätigen Übergriff als »normale Streitigkeit unter Nachbarn«.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt es, daß der Europarat seit der letzten Implementierungskonferenz der OSZE im Oktober 1995 in Warschau frühere ausgrenzende Positionen aufgegeben hat. Nach einer Initiative der Deutschen Bundesregierung zeichnen sich auch im Ministerkomitee Veränderungen

ab, in Zukunft diskriminierende Passagen in Berichten und Resolutionen der internationalen Organisationen zu vermeiden. Als einen wichtigen Schritt und ein positives Signal auch für die anderen europäischen Staaten zur Anerkennung von deren Roma-Volkgruppen als nationale Minderheiten wertete der Zentralrat die Unterzeichnung des »Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten« mit einer ausdrücklichen interpretativen Erklärung der Bundesregierung auch für die deutschen Sinti und Roma neben der dänischen, friesischen und sorbischen Minderheit.

ORGANISATION

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (ordentliches FUEV Mitglied) ist der Dachverband der deutschen Sinti und Roma. Er umfaßt insgesamt 16 Landes- und Regionalverbände. Vorsitzender ist Romani Rose. Das Büro des Zentralrats wird von der Bundesregierung ebenso institutionell gefördert wie das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

Vor allem seit Beginn der 90er wendet sich der Zentralrat gegen eine diskriminierende Berichterstattung über Sinti und

Roma in einem Großteil der deutschen Zeitungen und auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Von den Bundesländern verlangt der Zentralrat dazu ein Diskriminierungsverbot in den



Bundesratspräsident Dr. Edmund Stoiber, Romani Rose (vorne, 2. v. r.) und eine Delegation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma am 15. Dezember 1995 bei einem Empfang nach der Gedenkstunde des Bundesrats zu Himmels »Auschwitz-Erfaß« gegen die Sinti und Roma vom 16. Dezember 1943.

Landesmedien- und -verwaltungsgesetzen.

SPRACHE

Das von den deutschen Sinti und Roma verwendete Romanes ist eine eigenständige Minderheitensprache. Das deutsche Romanes wird seit 600 Jahren in Deutschland von

den hier beheimateten deutschen Sinti und Roma von Kindheit an in den Familien und innerhalb der Minderheit gesprochen. Genauso sprechen Angehörige der Minderheit

auch die Mehrheitsprache Deutsch. Die Sprache der deutschen Sinti und Roma hat im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ihren eigenen Sprachraum und unterscheidet sich z. B. von der Sprache der in Spanien oder Frankreich beheimateten Roma oder wiederum von der Sprache, der in Ungarn oder Rumänien beheimateten nationalen Roma-Minderheiten. Der Zentralrat erwartet von der Deutschen Bundesregierung die Ratifizierung der Minderheitensprachen-Charta unter Beachtung des Quorums von 35 Punkten aus Teil III ebenso in verbindlicher Weise wie dies für die anderen Minderheitensprachen vorgesehen ist. Der Zentralrat hat der Bundesregierung und den Landesregierungen 38 Schutzbestimmungen aus der Charta vorgeschlagen.

Assoziiertes Mitglied der FUEV ist die österreichische Organisation, der »Kulturverein österreichischer Roma«, zu dessen Einrichtungen auch ein in diesem Jahr eröffnetes Informations- und Kulturzentrum in Wien gehört.

Minderheiten fordern Gleichbehandlung für Sinti und Roma

Bei ihrem Treffen in Hamburg forderten die Vertreter der vier nationalen Minderheiten in Deutschland, der Sorben, Dänen und Friesen sowie der Sinti und Roma, die rechtsverbindliche Ratifizierung der »Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen« auch für das deutsche Romanes. Diese Forderung vertritt ebenso der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, in seinem Brief vom 31. Juli 1996 an den federführenden Bundesinnenminister, Manfred Kanther.

»Gegenüber der Sprache der deutschen Sinti und Roma, die durch den Völkermord ebenso wie die Juden der Vernichtung preisgegeben wurden und die in der Erhaltung und Entwicklung ihrer Sprache massive Beeinträchtigungen erfahren haben, wäre jede Form der Ungleichbehandlung nicht angebracht.« Weiter heißt es im Brief von Bubis an Kanther: »Das Romanes in Deutschland ist ein seit 600 Jahren gewachsenes Kulturgut in Deutschland. Diese eigene Sprache der deutschen Sinti und Roma hat meiner Meinung nach hier ihren eigenen Sprachraum.« Das Bundesinnenministerium hat für die Ratifizierung der Charta bisher Dänisch, Friesisch, Sorbisch und Niederdeutsch vorgesehen. Deshalb schrieb Bubis, »ich würde es nicht für vertretbar erachten, wenn das deutsche Romanes nicht ebenso entsprechend dem Quorum der Charta mit mindestens 35 Punkten aus Teil III und dem daraus folgenden verbindlichen Schutz- und Förderungsanspruch aufgenommen würde.« In ausdrücklicher Abstimmung mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Anton Pfeifer, führte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt vor einer Kabinettsvorlage an den Kanzler ein Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.